

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Herlich Marie Todsens-Reese zu TOP 38: Wir brauchen ein neues landesweites Konzept

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Handlungsfelder unserer weiteren Familien- und Frauenpolitik. Anders als im skandinavischen Raum gehen bei uns die Wünsche der Frau und die Realität in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familiengründung und Berufs- und Karriereplanung immer noch weit auseinander.

Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung aus dem Jahre 2005 (BiB 2005) zeigt, dass bundesweit 44 Prozent der Frauen Familie und Beruf in Form von Teilzeitarbeit und 19 Prozent in Form von Vollzeitarbeit vereinbaren möchten. Lediglich 22 Prozent würden sich für eine vorübergehende Unterbrechung der Erwerbstätigkeit entscheiden. Anhand der tatsächlichen Zahlen zeigt sich, wie weit Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt auf, dass zurzeit ca. 2/3 aller Frauen mit der Familiengründung den Beruf vorübergehend aufgeben. Mit zunehmendem Alter der Kinder wollen dann ca. 75 Prozent aller Mütter wieder in den Beruf zurückkehren. Die meisten Frauen arbeiten dann nach der Geburt des Kindes jahrelang in Teilzeitstellen. Dadurch ist eine berufliche Weiterentwicklung aber oft nicht mehr möglich, da hierfür ein Stundenumfang von mindestens 75 Prozent einer Vollzeitstelle notwendig wäre.

Wir alle wissen, wie schwierig es für Frauen ist, wieder in einen Beruf einzusteigen. Das gilt in besonderer Weise für Frauen, die über 50 sind. Durch die genannten Zahlen und die geschilderte Situation wird deutlich, wie wichtig die Unterstützung von Frauen ist, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen möchten. Diesem Ziel hat sich „Frau & Beruf“ verschrieben.

Seit 1989 wurde ein flächendeckendes Netzwerk von Anlaufstellen in ganz Schleswig-Holstein eingerichtet. Dies machte „Frau & Beruf“ so erfolgreich, dass sie im Jahr 2003 durch die „Stiftung Warentest“ für das flächendeckende Beratungsangebot in Schleswig-Holstein lobend hervorgehoben wurde. Diesem Lob möchte ich mich an dieser Stelle anschließen und herzlichen Dank aussprechen. Die Aufgaben und Ziele von „Frau & Beruf“ haben sich seit 1989 kontinuierlich weiterentwickelt. Während „Frau & Beruf“ ursprünglich als reine Weiterbildungsberatungsstelle für Berufsrückkehrerinnen eingerichtet wurde, arbeiten die Beratungsstellen seit 1996 mit einer erweiterten Konzeption. Grundlagen des Konzepts sind im Wesentlichen drei Aufgaben:

1. Die arbeitsmarktorientierte Beratung von Frauen,
2. die Abstimmung des regionalen Weiterbildungsangebots auf die Situation von Frauen,
3. strukturpolitische Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen.

Neben der Weiterbildungsberatung für Berufsrückkehrerinnen gehören hierzu die Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungen, die Beratung bei Existenzgründungen, die Hilfe bei der beruflichen Orientierung, die Bewältigung von Konflikten am Arbeitsplatz sowie die Beratung bei der Kinderbetreuung.

Aufgrund der katastrophalen finanziellen Lage des Landes Schleswig-Holstein gab es bei den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2006 kaum einen Bereich im Landeshaushalt, der nicht von Sparmaßnahmen betroffen war. Dies galt leider auch für die Zuschüsse an Träger von Beratungsstellen „Frau & Beruf“. Betroffen hiervon ist die für die Landeshauptstadt Kiel und den Kreis Plön bisher zuständige Einrichtung „Frau & Beruf“ – in Trägerschaft der Gesellschaft für Arbeitsmarkt und Strukturpolitik – und die landesweit tätige Beratungsstelle „Perspektive für Bäuerinnen“ in Trägerschaft der Landwirtschaftskammer.

Ich bedauere sehr, dass von den Kürzungen zwei Träger und damit zwei Beratungsstellen betroffen sind, die eine sehr zielorientierte, erfolgreiche und im Fall der Landwirtschaftskammer sehr spezielle Beratungstätigkeit geleistet haben. Ich freue mich aber, dass es uns – also CDU und SPD gemeinsam – gelungen ist, die geplanten Kürzungen in den Haushaltsberatungen zumindest abzufedern. Im Zusammenwirken mit den Agrar-Kollegen sowie dem Landwirtschaftsministerium und der Landwirtschaftskammer soll auch in Zukunft ein qualifiziertes Beratungsangebot für Bäuerinnen bei der Kammer aufrecht erhalten werden. Arbeitsschwerpunkte sollen sein:

- Außerlandwirtschaftlicher Berufseinstieg (Fortbildung, Umschulung, Einzelberatung),
- Beratung im Vorfeld zur Entscheidungsfindung,
- Persönlichkeitstraining,
- Beratung bei rechtlicher Stellung einschließlich sozialer Absicherung.

Das Landwirtschaftsministerium wird hierfür im Jahr 2006 Mittel in Höhe von 20.000 Euro für diese Zielgruppe zur Verfügung stellen.

Der Wegfall der Beratungsstelle „Frau & Beruf“ am Standort Seefischmarkt soll in Teilen durch das Frauennetzwerk in Kiel aufgefangen werden, das ebenfalls zusätzliche 20.000 Euro erhalten soll und seine Beratungskapazitäten damit vergrößern kann. Unabhängig davon orientieren sich offensichtlich betroffene Frauen, die bisher die Beratungsstelle am Seefischmarkt genutzt haben, nach Rendsburg und nutzen die dortige Beratungsstelle der Gesellschaft für Arbeitsmarkt und Strukturpolitik.

Das größte Problem bei der wünschenswerten und notwendigen Absicherung der Beratungsstellen ist aber die ungesicherte Förderung durch die EU und die weiterhin angespannte Haushaltslage im Land. Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, ein neues landesweites Konzept zu entwickeln. Wir brauchen eine strategische Neuausrichtung, nicht zuletzt auch, um andere Kofinanzierungsmöglichkeiten einzubinden. Dazu kann auch die Beteiligung von Unternehmen oder der ARGE gehören, wie es zum Beispiel von der Rendsburger Gesellschaft für Arbeitsmarkt und Strukturpolitik bereits angedacht ist. Gemeinsames Ziel muss es dabei sein, auch künftig ein flächendeckendes qualifiziertes Beratungsangebot für Frauen sicherzustellen, das von kompetenten Trägern begleitet wird.